



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/181

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, den 7. August 1951
Friedrich Ebert-Allee 170

Zu Adenauers Besprechungen mit der DGB-Delegation	S. 1
Englische Gewerkschaften proklamieren neue Forderungen	S. 3
Österreichische Sozialisten bei Dr. Schumacher	S. 4

Besuch auf dem Bürgerstock

-nt. Die Gewerkschaftsdelegation ist auf den Bürgerstock gereist. Nun muß sich zeigen, wie Dr. Adenauer heute die eigenen Erklärungen zum 20. August 1949 versteht, an die ihn Christian Fette am letzten Sonntag mahnend und eindringlich erinnert hat. Die Rede, auf die Fette sich bezog, war Adenauers programmatische Regierungserklärung. Ihre Lektüre ist heute von besonderem Reiz.

Wir werden, sagte Dr. Adenauer damals, zunächst einmal dafür sorgen müssen, daß möglichst wenig Hände und Köpfe in der Verteilung, möglichst viele aber bei der Produktion der Güter beschäftigt sind. Der Abbau des aufgeblasenen Zwischenhandels erschien ihm ein dominierendes Problem zu sein. Heute sind die Preise gegen damals außerordentlich gestiegen - wieder aber hat den Vorteil in erster Linie der noch in genau demselben Maße bestehende Zwischenhandel.

Seine Politik, so sagte Dr. Adenauer in jenen Augusttagen, werde dafür sorgen, daß soziale Ungerechtigkeiten vermieden und Löhne und Preise sich nur geringfügig verändern würden. Nach 20 Monaten dieser Politik gibt es 220 Milliardäre mehr in Deutschland, dafür aber, zur Zeit der Hochkonjunktur, 1,4 Millionen Arbeitslose.

Wenn der Kanzler damals eine verstärkte Kapitalbildung verlangte und hinzufügte, sie hänge von der Reform der Steuersätze

ab, so liegt heute das Ergebnis seiner Steuerreformen vor: Die Industriegewinne sind im Verhältnis zu 1936, einem Normaljahr alter Steuerordnung, um 330 Prozent gestiegen. Für den Lohnempfänger jedoch sind die Steuersenkungen völlig unerheblich geblieben.

Auch die Erwirkung niedrigerer Besatzungskosten stand noch mit an erster Stelle dieses beachtlichen Regierungsprogrammes. Heute sind 5,8 Mrd. M gegen 4,4 Mrd. damals der Vorschlag der zuständigen Regierungsstellen; - die Alliierten forderten sogar 6,6. - Zum Lastenausgleich versprach Adenauer, um der Ungewißheit ein Ende zu machen, allergrößte Beschleunigung. 20 Monate warten die Vertriebenen und Geschädigten schon und man darf sicher sein, sie werden noch länger warten. - "Unsere besondere Fürsorge gilt der Stadt Berlin" erklärte der Kanzler - die Erklärung erteilte der Berliner Senat. Fast gleichzeitig mit den Mahnungen Christian Fettes sprach Ernst Reuter es aus, daß Berlin bis heute schwer benachteiligt worden sei. So wird jeder Satz in dieser programmatischen Rede durch die Wirklichkeit von Adenauers Politik widerlegt.

Nach Christian Fettes Worten wird dieses Programm dem Kanzler jetzt von den Gewerkschaften noch einmal präsentiert. Denn auch das hielt er nicht, was er darin zum Ausgleich der sozialen Gegensätze zu tun versprach: "Die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen zeitgemäß geordnet werden. Die Selbstverwaltung der Sozialpartner an die Stelle der staatlichen Bevormundung treten. Ein verständiger Ausgleich sozialer Gegensätze ist eine unumgängliche Voraussetzung für den Aufstieg unseres Volkes. Die soziale und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft aber macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig. Eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik scheint mir zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Auf die Betonung dieser Aufstiegsmöglichkeiten legen wir den größten Wert".

Versprechungen und Tatsachen - wie sie zueinander stehen, sollte man nicht vergessen, selbst wenn Adenauer auf dem Bürgerstock um eine Erklärung der bisherigen Widersprüche nicht verlegen sein sollte.

Gewerkschaften fordern Preis- und Profitkontrolle

B.C. - London

Die Fronten für die auf dem Anfang Oktober stattfindenden Labourparteitag zu erwartende Diskussion beginnen sich klarer abzuzeichnen. Wie erinnerlich, hat die Haltung der Bevangruppe in den von den Parteibezirken eingereichten Entschlüssen einen nicht zu unterschätzenden Widerhall gefunden, von denen sich im Bevan'schen Sinne 152 mit dem Problem der Löhne, Preise und Profite, 37 mit dem Rüstungsprogramm und 28 mit der Aufrechterhaltung der sozialen Dienste befaßten.

Dieser Tage wird die vorläufige Tagesordnung zum Gewerkschaftskongreß veröffentlicht, der vom 3. bis zum 7. September (also vor dem Parteitag, auf dem die Gewerkschaften etwa die Hälfte der Delegierten stellen) in Blackpool gehalten wird. Die von den verschiedenen Gewerkschaften eingereichten Resolutionen befassen sich vorwiegend mit Löhnen, Preisen und Profiten, jedoch ohne diese Frage, wie Bevan und die Mehrzahl der Parteibezirke es tun, in direkte Beziehung zum Rüstungsprogramm zu bringen. Lediglich eine einzige, ziemlich unbedeutende Gewerkschaft, der Schottische Malerverband, fordert drastische Abrüstung zugunsten der Lebenshaltungskosten.

Einige Entschlüsse fordern die endgültige Abschaffung des Zwangsschlichtungswesens (worüber das Arbeitsministerium bereits seit einigen Monaten mit den Gewerkschaftsbehörden verhandelt), und ein Dutzend der Resolutionen machen konstruktive Vorschläge zum Ausbau der nationalisierten Industrien. Für Attlees Regierung ist damit die Linie gegeben, daß sie für ein scharfes Anpacken des Preis- und Profitproblems (wovon das angekündigte Dividenden-Beschränkungs-gesetz nur ein erster Vorgeschmack ist) die gesamte Arbeiterbewegung Großbritanniens, Partei wie Gewerkschaften, voll hinter sich hat. Dabei wird sie aber mit Hilfe der auf dem Parteitag stimmengewaltigen Gewerkschaften ihr Rüstungsprogramm gegen die Angriffe der Bevangruppe verteidigen können, wenn sie auch vielleicht sich zu einigen Konzessionen bereitfinden mag.

+ + +

Österreichische Sozialisten bei Dr. Schumacher

Der "Arbeiter-Zeitung", dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, entnehmen wir folgenden Bericht:

Vizekanzler Dr. Schärf, Innenminister Helmer und Verkehrsminister Ingenieur Waldbrunner haben Donnerstag den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, am Mondsee besucht, wo er derzeit seinen Urlaub verbringt.

Nach einer Begrüßungsansprache des Vizekanzlers entgegnete Dr. Schumacher, es sei selbstverständlich, daß nach aller Gleichwertigkeit und bei aller Gleichartigkeit des Respekts des einen Volkes vor den Arbeiten des anderen doch das Verhältnis der deutschen und der österreichischen Sozialisten noch etwas anderes ist: "Wir haben auch oft ein ähnliches Schicksal gehabt. Auch heute ist das Schicksal Österreichs und Deutschlands, wenn auch nicht identisch, so doch sehr nahe miteinander verwandt. So werden die Entscheidungen, die in Deutschland über die Konstruktion Europas, etwa über den Schuman-Plan oder in der Frage eines militärischen Beitrages, fallen, ihre entscheidende Rückwirkung auf Österreich haben".

Vizekanzler Dr. Schärf erklärte hierzu, er und seine Freunde seien sich dessen bewußt, daß das Schicksal der beiden Länder eingebettet sei in das Schicksal der Welt: "Weder die deutsche Frage, noch die österreichische Frage scheinen nach der gegenwärtigen Weltlage für sich allein gelöst werden zu können. Unsere Hoffnung besteht darin, daß bei der endgültigen Regelung des Friedens der Welt beide Länder den Platz wieder gewinnen, der ihnen gebührt, einen ehrenvollen Platz unter den friedliebenden und freien Völkern der Erde".

"Diese Idee war ja wohl auch das tragende Motiv der Frankfurter Sozialistenkonferenz", nahm hier Dr. Schumacher das Gespräch wieder auf. "Die Frankfurter Konferenz war keine Konferenz von Illusionären und Phantasten, die da meinten, mit der Deklaration eines internationalen Prinzips die Befriedung der Welt und die Internationalität bereits geschaffen zu haben. Es ist wohl so, wie ich in Frankfurt sagte, daß gerade zwischen den Sozialisten der einzelnen Länder auch noch sehr ernsthaft und erbittert gerungen wird. Aber dieses Wollen

und die Zielsetzung, das Ethos, aus dem das Ringen entstand, bringt uns doch in so nahe Beziehungen, wie sie andere Parteien und andere Klassen zueinander nicht haben".

+ + +

Hier sollen 30 Friedenskämpfer wohnen ?

"Als Vorsitzender des Stadtbezirks VIII der Nationalen Front kümmere ich mich um die Unterbringung unserer jungen Gäste der Weltfestspiele in Berlin. Dabei besuchte ich neulich im Bezirk Mitte das Haus Reinhardtstraße 41.

Aber wie sah es da aus: Ich betrat einen schummerigen Treppenflur. Die Fenster sind mit Holz vernagelt. Ein paar winzige Glasscheiben lassen verschämt ein wenig Licht hindurch. An den Wänden sind Spuren von herabgelaufenem Wasser. Zwei Stockwerke höher sieht es noch schlimmer aus. Dort stehen schon Eimer und Töpfe bereit für den Fall, daß es regnet. Das Wasser rieselt dann in kleinen Bächen durch die Bodenkammern und durch alle drei Stockwerke hindurch bis in den Hausflur. Eine Zimmerdecke gleicht einem Sieb, durch das der Regen tropfen kann. Andere Decken sehen ährlich aus.

Steigt man hinab in die Kellerwohnungen, so kann man wirklich nur sagen: "Da drunten aber ist's fürchterlich!" Feuchte, kalte Luft schlägt mir entgegen. In einer Kammer ist die Decke bzw. der Fußboden der darüber liegenden Wohnung eingebrochen. Auch die sanitären Einrichtungen spotten jeder Beschreibung ...

Manchmal kommt auch die Baupolizei vorüber. Dann wirft sie einen schrägen und besorgten Blick nach dem Haus in der Reinhardtstraße 41. Dann an der Fassade bröckeln schon einige Ecken ab. - Und hier wollen die Bewohner 30 junge Friedenskämpfer aufnehmen ?! ...

J. Domeyer, Berlin, in der
"Nationalzeitung" 26. Juli 1951

+ + +

N a a l s o !

"Niemals hat die Sowjet-Union versucht, irgendwo die vorhandenen sozialen oder Regierungssysteme zu verändern. Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ist eine der Grundprinzipien der sowjetischen Außenpolitik. Weder jetzt noch in der Vergangenheit hat die Sowjet-Union Absichten auf fremde Ländergebiete gehabt. Sie hat keine aggressiven militärischen Verträge mit anderen Ländern und ist nirgendwo in Feindseligkeiten verwickelt".

(Aus der 1. Nummer einer in Moskau neu herauskommenden Zeitschrift ("News") in engl. Sprache)